

Stenographischer Bericht

über die

8. Sitzung der provisorischen Landesversammlung am 28. Jänner 1919:

Inhalt:

Erklärung des Abgeordneten Waffian, namens der deutschdemokratischen Partei, betreffend die blutigen Vorgänge in Marburg.

Erklärung des Landeshauptmannstellvertreters Dr. Rintelen, namens der christlichsozialen Partei in der gleichen Angelegenheit.

Erklärung des Abgeordneten Suppanz, namens der sozialdemokratischen Partei in der gleichen Angelegenheit.

Beginn der Sitzung 11 Uhr 20 Minuten vormittags.

Vorsitzender: Landeshauptmann Dr. Wilhelm Edler von Kaan.

Schriftführer: Die Abg. Karl Engelhofer, Reinhold Machold und Dr. Gottlieb Tunnner.

Landeshauptmann: Ich eröffne die Sitzung.

Unter dem unmittelbaren Eindrucke der furchtbaren Marburger Blutnachrichten bitte ich mir die geschäftsordnungsmäßigen Einleitungen zu erlassen und zu gestatten, daß ich sofort den Vertretern der Parteien zur Abgabe von Erklärungen das Wort erteile.

Abgeordneter Waffian: Hohe Landesversammlung! Wir stehen unter dem erschütternden Eindruck der Nachrichten aus Marburg, die uns mit einer aufs höchste gesteigerten Erbitterung erfüllen müssen. Die Deutschen Marburgs wollten gelegentlich der Durchreise der amerikanischen Studienkommission des Professors Coolidge durch eine Massenkundgebung dartun, daß ihre Stadt ein weitaus überwiegend deutsches Gepräge hat. Es muß ausdrücklich festgelegt werden, daß dieser Entschluß, auf die Straße zu gehen, ohne jedes Zutun von amtlicher Stelle entstanden und verwirklicht worden ist; lediglich die elementare Regung der deutschen Bevölkerung aller Kreise hat diese machtvolle Verkündung des herrschenden Volkswillens bewirkt. Frei von jeglicher Gewalttätigkeit unter strenger Vermeidung aller Ausschreitung sollte den Vertretern der amerikanischen Studienkommission das echte Wesen der alten deutschen Draustadt klargelegt

werden. Seit Monaten muß sich der entfremdete deutsche Volkskörper in diesen steirischen Gebieten mit Ketten beladen hinschleppen und unter dem Zwange einer rücksichtslosen Gewalt Herrschaft härteste Demütigung, ja gerade empörende Schändung erdulden.

Was die leidgeprüfte Stadt schon bisher ertragen hat, reicht weit über die zulässige Belastung der Geduld hinaus. Aus gequälter Seele ergriffen darum die dortigen Deutschen den heißersehten Anlaß, um endlich nach so vielen dunklen Stunden brutaler Unterdrückung das ihnen heilige Bekenntnis ihrer Volkszugehörigkeit offen an den Tag legen zu können und dadurch den Amerikanern stürmisch zuzujubeln als den Abgesandten jener Nation, die durch die feierliche Erklärung des Präsidenten Wilson über das Selbstbestimmungsrecht Hilfe in schwerster Bedrängnis zu bringen scheint. Die jugoslawische Soldateska des Generals Majster hat in die deutschen Volksmassen hineingeschossen und ein Blutbad angerichtet, dem nach bisherigen Meldungen 7 Personen als Tote und ungefähr 60 Personen als schwer oder leicht Verwundete zum Opfer fielen. In Schmerz und Trauer grüßen wir diejenigen, die als Märtyrer ihr teures Blut für Heimat, Volkstum und Freiheit geweiht haben.

Wortreiche Reden sind überflüssig, daher habe ich im Namen der deutschdemokratischen Partei nur zu erklären: Wenn nicht binnen kürzester Frist die Selbsthilfe und die damit unausbleiblich verbundenen Folgen eintreten sollen, muß unverzüglich der Austausch der jugoslawischen Besetzung Marburgs durch eine solche mit Truppen einer Ententegroßmacht geschehen. Wir verlangen von unserem Staatsamte des Außern die unverzügliche tatkräftige Durchführung unseres Begehrens und lehnen jede Verantwortung für die Folgen ab, die durch eine Verzögerung oder Verschleppung der Angelegenheit entstehen müßten. Soweit die deutschdemokratische Partei in Betracht

kommt, wird sie alles daransetzen, um die uns aufgedrungene Abwehrbewegung mit dem ganzen Krastaufgebote durchzuführen zu helfen. (Beifall.)

Landeshauptmannstellvertreter Dr. Rinkelen: Als Vertreter der christlichsozialen Partei schließe ich mich den Ausführungen meines Vorredners auf das wärmste an. Die Unterdrückungen, welchen unsere deutschen Volksgenossen im Unterlande ausgesetzt sind, treffen alle Schichten unseres Volkes: Arbeiter, Bauern, Bürger! Unser Volk hat, den Blick auf die Gesamtlage gerichtet, vieles und schweres über sich ergehen lassen. Es sind erst einige Tage her, daß das Haupt des Landes den Ruf hinaus ertönen ließ: „Bis hieher und nicht weiter!“ — und jetzt ist es so gekommen, wie wir alle damals befürchteten. Und das Tragische der Ereignisse liegt darin, daß gerade durch das Erscheinen von Abgesandten Wilsons die fast erloschenen Hoffnungen unserer deutschen Brüder in Marburg wieder auflebten und daß Marburger es mit ihrem Blute bezahlen mußten, daß sie ihren wieder auflebenden Hoffnungen schlichtfreundigen Ausdruck gaben. Aber! — Alle großen Ideale haben aus dem Blute der für sie gefallenen Märtyrer neue Kraft bezogen und so mögen auch die großen Gedanken Wilsons aus dem in Marburg vergossenen teuren Blute zu einer für das deutsche Volk beglückenden Wirkung erstehen. (Beifall.)

Abgeordneter Suppanz: Hohe Landesversammlung! Namens des sozialdemokratischen Landtagsklubs und zugleich im Namen der deutschen Arbeiterschaft in Marburg gebe ich unserer tiefsten Empörung über das Blutbad Ausdruck, das vom jugoslawischen Militär in der gewaltsam ohne jedes Recht besetzten und brutal unterdrückten deutschen Stadt Marburg angerichtet wurde.

Wir sprechen den Opfern dieser verabscheuungswürdigen Gewaltat unsere innigste Teilnahme aus. Wir beklagen es auf das tiefste, daß die derzeitigen jugoslawischen Machthaber die Arbeiterschaft noch schlimmer als der ehemalige österreichische Staat unterdrücken, daß sie, die stets das Selbstbestimmungsrecht auf den Lippen führen, Arbeiterblut nur deshalb vergossen haben, weil die Arbeiterschaft ihren politischen Willen zum Ausdruck bringen wollte. Wir appellieren vor allem an die jugoslawische klassenbewußte Arbeiterschaft und erwarten von ihr, daß sie ihren ganzen Einfluß aufwendet, um jede weitere Vergewaltigung der deutschen Arbeiterschaft in Marburg zu verhindern.

In der Überzeugung, daß die deutschen Arbeiter in Marburg, die den größten Teil der deutschen Einwohnerschaft dieser Stadt bilden, mit Recht verlangen dürfen, ehestens von der Unterdrückung durch die derzeitigen jugoslawischen Machthaber befreit zu werden, erklären wir es als unerlässlich, daß von dem nächstgelegenen nichtslawischen Entente-Kommando eine unparteiische Untersuchung über diesen furchtbaren Vorfall eingeleitet und unverzüglich Maßregeln zur Verhütung weiterer Gewalttaten der jugoslawischen Regierung und ihres Militärs ergriffen und für eine entsprechende Entschädigung der Opfer dieser Gewalttat Vorsorge getroffen werde. Wir verlangen, daß der vergewaltigten Bevölkerung Marburgs volle Sühne zuteil werde.

Als einziges wirksames Mittel zur Verhinderung solcher Bluttaten erscheint uns angesichts der Haltung der jetzigen jugoslawischen Machthaber die vorläufige Besetzung Marburgs und des übrigen vergewaltigten deutschen Gebietes durch Truppen einer unbeteiligten Ententemacht, welche Besetzung wir verlangen. (Beifall.)

Landeshauptmann: Hohes Haus! In den eben abgegebenen Erklärungen der drei Parteien des Hauses ist übereinstimmend die Stellungnahme des ganzen Landes zu dem empörenden Verbrechen, das gestern in Marburg an wehrlosen Deutschen begangen wurde, mit solcher Kraft und Würde zum Ausdruck gekommen, daß es wohl keiner weiteren Erklärung der Landesregierung bedarf. Zudem erwartet die Bevölkerung jetzt keine Worte, sondern Taten. (Rufe: „Sehr richtig!“) Wir haben uns bereits gestern abends an das Staatsamt für Äußeres gewendet, um noch in letzter Stunde mit Unterstützung der amerikanischen Kommission in Wien das ehefte Einschreiten von Ententetruppen zu erwirken, damit entsprechende Maßregeln ohne Verzug eingeleitet und durchgeführt werden. Die weitere Entwicklung der Dinge liegt nicht mehr in unserer Hand allein. Eines aber geloben wir: umsonst soll das Blut der Marburger Blutzeugen für Heimat und Volkstum nicht geflossen sein. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich glaube mit Ihrer aller Zustimmung zu handeln, wenn ich nunmehr zum Zeichen unserer Trauer und Empörung die Sitzung schließe.

Die nächste Sitzung mit der ursprünglich bestimmten Tagesordnung findet heute nachmittags um 3 Uhr statt.

(Schluß der Sitzung 11 Uhr 35 Minuten.)